

Naale-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Bezugspreise:

Die Halle monatlich bei zweimonatlicher
Zahlung 6.00 Mark, vierteljährlich
18.00 Mark, durch die Post 18.00 Mark,
auschl. Zustellungsgebühr. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen. Im
amtlich, Zeitungsercheinis unter
Escale-Zeitung eingetragen. Für
unserer eingegangenen Anzeigen
steht kein Gewähr über-
nommen. Nachdruck nur mit der
Quellenangabe. Scale-Zeitung ge-
staltet. Ferner der Schiedsgericht Nr.
1146, der Anzeigen-Abt. Nr. 1418
u. 7411, der Bezugs-Abt. Nr. 1133.

Anzeigenpreise:

Die 6 gepaltene 34 mm breite Milli-
meterzeile oder deren Raum 60 Pf.,
Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen
die 22 mm breite Millimeterzeile
2.50 Mark, Anzeigen nehmen an
sonstige Geschäftsstellen u. ähnliche
Anzeigengebühren. Erfüllungsort:
Halle. Erscheint täglich 2 mal,
Sonntags und Montags 1 mal.
Schriftleitung und Haupt-Ver-
waltung: Halle, Neue Promen-
ade 19. Geschäftsstellen: Groß-
Mischstr. 22 und Markt 24.
Postfach-Rosto Leipzig Nr. 4609.

Nr. 290.

Halle, Donnerstag, den 24. Juni 1920.

Einzelpreis 30 Pfg.

Die Regierungskrise überwunden.

Der Stand der Verhandlungen in Berlin.

Nach den neuesten Meldungen scheint es so, als ob es gelingen würde, die letzten Schwierigkeiten der Regierungsbildung auf der Grundlage der bürgerlichen Koalition der Mitte zu überwinden. Die „Völkische Zeitung“ meint, es werde sich zeigen, daß die vollendete Tatsache manches Bedenken zerstreuen werde, die im Stadium der Vorberätungen Gewicht zu haben schienen. Allerdings werde es nicht möglich sein, bis zur Eröffnungssitzung des Reichstages die Kabinetsbildung zu beenden. So sehr die Verlängerung der Krise zu bedauern sei und so unverantwortlich die Hemmnisse sind, die namentlich von der sozialdemokratischen Fraktion ausgegangen sind, so gering sei die praktische Bedeutung der Tatsache, daß der Reichstag sich heute und vielleicht auch morgen noch ohne die neue Regierung beschließen wird. Denn zunächst habe der Reichstag genug mit sich selbst zu tun. Er muß sich konstituieren und in der zweiten Sitzung sein Präsidium wählen. Bei diesem Vorgang spiele die Regierung nur eine dekorative Rolle, die zur Not entbehrt werden kann. Für die laufenden Geschäfte sind die bisherigen Minister auch weiterhin verantwortlich.

An amtlicher Stelle werden die Ausfälle durchwegs zuverlässig beurteilt. Eine offiziöse Darstellung besagt u. a.: Die Verhandlungen des Reichsanwalters über die Bildung des Kabinetts haben heute ihren Fortgang genommen, ohne daß irgendeine Störung eingetreten ist. Es darf mit Sicherheit angenommen werden, daß in kürzester Zeit das Kabinett zum mindesten in den entscheidenden Ministerien besetzt sein wird. Ueber die wesentlichen Fragen ist zwischen den an den Verhandlungen beteiligten Parteien Übereinstimmung erzielt worden, besonders insofern, als die bisherigen demokratischen und Zentrumskabinets in ihren Ministerien verbleiben. Die Besetzung des Anwalters mit Ministerialdirektor Simons hat allgemeine Zustimmung gefunden. Im Falle der endgültigen Abgabe des Geheimrats Wiedfeld wird bereits mit einer anderen bedeutenden Persönlichkeit des Wirtschaftslebens verhandelt.

Die sozialdemokratische Fraktion hat, wie weiter berichtet wird, gestern erneut beraten und beschlossen, vor der Abstimmung durch den Fraktionsredner eine Erklärung des Inhalts abgeben zu lassen, daß die Fraktion das Kabinett in der auswärtigen Politik unterstützen werde.

In demokratischen Kreisen sieht man nach wie vor die Mehrheitssozialdemokraten als die Partei an, von der die Lösung der Krise vorwiegend abhängig sei. Von vornherein habe sich die Demokratische Partei auf den Standpunkt gestellt, daß die Mehrheitssozialdemokraten ihr Teil der Verantwortlichkeit für die deutsche Politik übernehmen müssen. Die große Zahl ihrer Wähler verpflichte sie dazu, ebenso wie die kritische Lage des Landes. Wenn die Sozialdemokraten sich dieser Verantwortlichkeit entziehen, seien die Demokraten schon allein zahlenmäßig viel zu schwach, um an ihre Stelle zu treten und für die Arbeiterschaft eine Fortführung der fetterigen Sozial- und Steuerpolitik zu gewährleisten. Das seien aber die Mindestbedingungen, unter denen eine Mitarbeit der Demokraten an der Regierung einigermaßen erträglich sein könnte. Man hofft deshalb in demokratischen Kreisen, daß die Führer der Mehrheitssozialdemokratie in letzter Stunde noch sich auf ihre Pflicht besinnen und mindestens durch Bereitschaft zu einem Vertrauensvotum das Zustandekommen der neuen Koalition möglich machen.

Der „Vol.-Anz.“ will aus Kreisen der Deutschen Volkspartei erfahren haben, daß die endgültigen Verhandlungen über die Entpolitisierung der Wirtschaft durchaus zufriedenstellend verlaufen seien. Es werde bestimmt darauf gerechnet, daß das bürgerliche Kabinett der Mitte zustande komme.

Die Doppelgefahr.

Was es für den inneren Wiederaufbau Deutschlands bedeuten würde, wenn die Krise sich in Fortsetzungen erneuere, braucht nicht gesagt zu werden; weniger eindeutig, aber darum nicht geringer ist die Gefahr für die auswärtigen Beziehungen des Reiches. Schon lange vor den Wahlen und nach ihnen erst recht haben die Auslandsregierungen den wiederholten Ausschuss der Konferenz von Spa hauptsächlich mit dem Hinweis auf die Ungleichheit der inneren deutschen Lage begründet. Während der Wochenwachen fallen eben diese Regierungen die Zeit mit vorbereitenden Zusammenkünften.

deren Zweck mindestens für den einen Teil des Auslandes war, die Ergebnisse von Spa vorzunehmen, die Konferenz somit überflüssig zu machen. Die Abwesenheit einer deutschen Regierung wurde auf diese Weise — leider kann man nicht sagen: ausgenutzt, denn auch das bestragerte Deutschland ist heute zu schwach, um die Ausführung zu verhindern. Wohl aber ist es klar, daß den gemäßigten Politikern des Auslandes die Durchschiebung benötigter Vorläufe sehr erschwert wird, daß die Ingemäßigten dringender Vorwände finden und daß in aller Augen eine Aussetzung entwirrt wird, bei deren Beginn man nicht weiß, inwiefern Befugnis die deutschen Vertreter haben, im Namen des Reiches und Volkes zu sprechen.

In der Tat wird es besonders den Franzosen und dem ihnen ergebene Teil der britischen Presse leicht gemacht, zu fragen: Wozu noch Spa? Eine „starke“ deutsche Regierung ist eine Gefahr für die Welt; sie wird die Verträge nicht halten können, während eine schwache sie nicht wird halten können. Die Kritik hat gezeigt, daß jede kommende deutsche Regierung einseitig sein wird oder schwach. In beiden Fällen brauchen wir Vorkautionen und sollten an der beherrschten Stellung festhalten, den Deutschen das Erforderliche zu beschaffen.

Solche Meinungen sind nicht völlig durchgegriffen, aber gleichwohl nicht ohne Wirkung geblieben. Der Versuch, alles, was in Spa zur Sprache kommen konnte, voranzutreiben, ist unannehmlich gemacht worden. San Remo, Hygie, Boulogne; jedesmal ließ es, die vom Deutschen Reich zu fordernde Entschädigungssumme und die ihm zu belassende Truppenzahl solle jetzt schon festgesetzt werden. Es kam nicht völlig dazu, weil vor der Auseinandersetzung mit Deutschland aber die leicht nur über Deutschland für die Verhandlungsstände die schwierigste Aufgabe lag, zunächst ihre gegenseitigen Beziehungen zu ordnen. In San Remo erlaubte Frankreich die Billigung seines Standpunktes in der Entschädigungsfrage mit bedeutenden Zugeständnissen hinsichtlich Vorderasien, also der Unterwerfung britischer Weltmacht auf politischem Gebiet. In Hygie gelang das Entschädigungsproblem im Bereich der internationalen Finanzen; Frankreichs Forderung an Deutschland ward auf England, der Bankier der gesamten Weltmacht, übertragen. In Boulogne scheint die Befriedigung der deutschen Hereskräfte auf 100 000 Mann beschränkt worden zu sein; aber auch noch nicht endgültig; denn die Zeit zum Wiederaufbau des Heres über den 10. Juli hinaus verläuft. Deutschland braucht also nicht unbedingt in Spa vor einer vollzogenen Aufgabe zu stehen. Der grundsätzliche Beschluß aber steht wieder deutlich die Spuren des Gegenanges zwischen Frankreich und seinen Verbündeten; die Entschädigung ist das Gebiet, auf dem man sich am leichtesten und — billiger einigt. Welche Stimmungen solcherart berührt werden sollen, zeigt die Behandlung, auch die Jahresrate von drei Milliarden Goldmark sei beschlossene Sache. Sie ist es wohl nicht, denn den Drohungen der Pariser Presse, man werde, wenn Deutschland „bösen Willen“ zeige, deutliche Gebot belegen, hat selbst Mikeland widerprechen müssen. Auch gehen ja die Meinungen nicht über Frankreichs, sondern über Englands, und schließlich mehr über Italien mit Forderungen, deren Widerspruchigkeit in diesem Fall, da es sich um andere handelt, in Frankreich durchaus anerkannt wird.

Das letzte Wort ist somit noch in keiner der großen Fragen gesprochen. Aber wenn Deutschland auch nur gehört werden will, muß es durch eine Regierung vertreten sein, der man, wenn nicht ausdrücklich, so doch tatsächlich, zutraut, daß sie für Unterchiedenes einstehen kann.

Arbeiterkündigungen in der Pfalz.

In der ganzen Westpfalz ist eine Massenentlassung von Arbeitern erfolgt. In Ludwigshafen wurden am Sonnabend 6000, in Saarlouis am 21. Juni 3000 und in Pirmasens 3800 Arbeitern gekündigt.

Der Kampf um den Lohnabszug.

Nachdem, 24. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Arbeiter größerer Werke erzwangen die Lohnauszahlung ohne Steuerabzug durch die Drohung mit Streik. Auch unter den Bergarbeitern wird Stimmung für einen Streik gemacht, falls der Steuerabzug erfolgt. Von linksradikaler Seite wird die Arbeiterkraft aufgefodert, zu verlangen, daß erst alle Schiebergewinne beschlagnahmt werden, ehe der Arbeiterlohn 10 Prozent des Lohnes für Steuern abgezogen werden. Vielfach erklären sich die Angestelltenkreise mit dem Betriebsräten solidarisch. Es hohes Gemütsereite und die schlechte Beschaffenheit des Profites erhöhen die gereizte Stimmung in der Bevölkerung.

Das Reichsjugendgerichtsgefes.

Neben dem neuen Jugendgerichtsgefes ist im Reichsministerium des Inneren auch ein Reichsjugendwohlfahrtsgefes ausgearbeitet worden, das die planmäßige Förderung der Jugend und ihren Schutz von der Geburt bis zur Mündigkeit zum Ziel hat. Bekanntlich wehrt der Artikel 120 der Reichsverfassung dem Staate die Aufgabe zu, die Erziehung des Nachwuchses zur Leiblichkeit, geistlichen und ge-

sellhaftlichen Tüchtigkeit zu übernehmen. Auf Grund dieser Verfassungsbestimmung gewährt der Entwurf des Jugendwohlfahrtsgefes jedem deutschen Kinde einen öffentlichen Anspruch gegen die Allgemeinheit auf körperliche, geistliche und sittliche Erziehung. Natürlich kommt dieser Anspruch nur dort in Frage, wo die Erziehungspflichten der Eltern nicht erfüllt werden können. Die Überwachung der gesamten Jugendpflege und Jugendfürsorge soll in die Hände von hervorragenden Jugendwohlfahrtsbehörden gelegt werden, die in ein Reichsjugendamt, sowie in Landesjugendämter und Jugendämter gliedert sind. Die Jugendämter sollen auch zugleich die Tätigkeit der Gemeindefürsorge übernehmen, im Normalschulwesen mitwirken, den Schutz der Pflegekinder, die Fürsorge für hilfsbedürftige Minderjährige ausüben, sowie endlich bei der Heranbildung der Interessen der Jugendlichen vertreten. Daneben soll das Jugendamt alle Beitreibungen, die der Förderung der Jugendwohlfahrt dienen, nach Kräften unterstützen. Goldige Jugendämter sollen in allen Stadt- und Landkreisen errichtet werden. Für größere Städte sind mehrere selbstständige Jugendämter im Ausmaß vorgesehen. Alle Kreisstellen sollen die Landesjugendämter, die in B. in Preußen für jede Provinz geschaffen werden sollen. Das Reichsjugendamt endlich soll die Erfahrungen auf dem Gebiet der Jugendwohlfahrt sammeln, sie den Landesjugendämtern übermitteln und ihnen, sowie den Jugendämtern Richtlinien für ihre Tätigkeit geben. Eine wichtige Veränderung ist für das Pflegekinderwesen geplant. Hier soll das Konzeptionswesen eingeführt werden, d. h. wer fremde eheliche oder uneheliche Kinder unter 14 Jahren in Pflege nehmen will, befragt hierzu in Zukunft der Erlaubnis des Jugendamtes. Alle Pflegekinder unterliegen überdies der Aufsicht des Jugendamtes. Alle unehelichen Kinder sollen aufheben der Amisorenpflicht der zugehörigen Jugendämter unterstellt werden, das die Ausübung einem seiner Mütterlicher oder Väterlicher überträgt. Vor allem aber soll die Unterfützung der hilfsbedürftigen Minderjährigen von der Armenpflege abgetrennt und den Jugendämtern angeteilt werden. So bringt der Gesetzentwurf eine ganze Anzahl beachtenswerter sozialer Fortschritte zum Auszug und zur Förderung der Jugend, auf deren Gelingen heute mehr als je die Zukunft des Reiches beruht.

Die deutsch-französische Zusammenarbeit.

Der Vertreter des Pariser „Matin“ hatte mit dem in Aussicht genommenen deutschen Außenminister von Simons eine Unterredung, in der dieser erklärte, daß er es für seine wichtigste Aufgabe betrachten würde, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich zu fördern. Die deutsche Industrie mache gegenwärtig eine ernste Krise durch. Die Käufer läßen in der Erwartung, daß die Preise sinken werden, große Zurückhaltung. Die deutsche Industrie brauche aber Absatzgebiete. Ein reiches und entschlossenes Zusammenarbeiten zwischen Deutschland und Frankreich sei deshalb notwendig. Der Zeitpunkt sei für Vereinbarungen günstig. Aber man müsse berücksichtigen, daß die Wirtschaftliche der Länder der beiden Jugendlich ungenügend westreichen lassen werde. Die deutschen Vorkläufe länden bisher wenig günstige Aufnahme in Frankreich. Dennoch dürfe man nicht zweifeln, daß die politischen Verhältnisse den dringenden wirtschaftlichen Notwendigkeiten weichen würden. Natürlich könne nicht davon die Rede sein, die Arbeit der deutschen Industrie mit Papier zu bezahlen. Von Papier können sich die deutschen Arbeiter nicht ernähren. Deutschland brauche Kredit und finanzielle Hilfe in einer noch zu bestimmenden Form. Was die Währungsfrage der deutschen Schuld anbelangt, so erhofft Herr von Simons von einer Teilnahme an deutschen Unternehmungen finanzielle Erleichterungen für Deutschland. Das Ausland müsse sich an diesen deutschen Unternehmungen beteiligen, ohne daß es aber Deutschland zumute, daß das Ausland die Mehrheit der Aktien der wichtigsten Unternehmungen ererbe, da Deutschland sich nicht unter finanzielle Schutzherrschaft stellen lassen könne.

Die Posthalterfrage.

Vor dem Kriege hat es in Deutschland Posthalter gegeben, denen die Vertretung der Interessen des Abendpostverkehrs anvertraut war. Nachdem Deutschland unterlegen ist, hat man sich damit begnügt, Geschäftsträger und Gesandten zu ernennen, um damit einerseits zum Ausdruck zu bringen, daß noch keine normalen Verhältnisse geschaffen sind, andererseits und in erster Linie aber auch um anzudeuten, daß es noch nicht so gewiß ist, ob man im Entente-lager bereit wäre, die Großmachtstellung des Deutschen Reiches anzuerkennen. Nach den Bestimmungen des Völkerechts sind die diplomatischen Vertretungen besteht ein Unterschied zwischen Posthalter, Gesandter, Geschäftsträger, Ministerresident usw. Am Allgemeinen beschränken nur die Großmacht Posthalter, an den Regierungen anderer Großmächte, wobei jedoch Ausnahmen zugelassen werden, die zum Teil im Historischen wurzeln, wie beispielsweise bei Spanien, das sowohl Posthalter als Gesandter die empfangt. Es wäre nun schließlich nicht zu verstehen, wenn allein die Tatsache, daß Deutschland einen Krieg verloren hat, genügt, um der Berliner Regierung die Entsendung und den Empfang von Posthaltern zu verweigern.

Die erste Valentinsprobe.

Wieder kehrt sieh Gedächtnis... die Stas alles auskommen.



Immerhin liegt die Sache doch in der Hand Deutschlands noch immer und gerade unter den heutigen Verhältnissen mehr als je. Einmal darauf hat, als vollwertiges Vorkriegsmitglied im diplomatischen Sinne geachtet zu werden. Die wirtschaftlichen Beziehungen und die Einkünfte, die dem deutsch-europäischen Zentrum ausgeben, sind nach wie vor so bedeutend, daß auch der gewiegteste, im Dienste ergrautete Staatsmann nicht zu gut ist, um mit den auswärtigen Interessen der Großmächte betraut zu werden. In dieser Erkenntnis hat Italien bereits vor zwei Monaten den Geländeten Abdramado abberufen und an seine Stelle den außerordentlich befähigten Botschafter de Martino, der besonders in wirtschaftlichen Fragen Kapazität sein soll, gesetzt. Wie jetzt verlautet, haben nun auch die übrigen Großmächte beschlossen, sich in Berlin durch Botschafter vertreten zu lassen. Ueber die Verlorenfrage ist noch nichts bestimmt, sie wird aber, wenn die Werbung auf Wahrheit beruht, nicht lange auf sich warten lassen. Wir sind wohlwollend die größte Wichtigkeit beigemessen worden. Landelt es sich doch darum, unter den vielen Kontrollmissionen eine Zentralstelle zu schaffen, der ein großer Stab von Spezialbeamten, Agenten und Kennern der deutschen Verhältnisse angegliedert werden soll und die es in einem ganz bestimmten, durch den Umfang der deutschen Verpflichtungen begrenztem Sinne zu lenken gilt. Ursprünglich glaubte man, mit einer Vollständigkeit auszukommen, die den bürokratischen Apparat zu machen vermocht, die durch eine deutsche Regierung von Fachmännern und insbesondere die Betrauung des Ministeriums des Auswärtigen mit einem Juristen oder Vertriebsdiplomaten weniger raffinierten Vertretern gegenüber Vorteile erringen könnte, die nützlich für die Interessen der Verbündeten wirken könnten, hat dazu geführt, daß man entgegen sonstiger Wertung der Bedeutung des neuen Deutschlands sich zu der Anschauung durchgegangen hat, daß man zu den Methoden der Vergangenheit zurückkehren müsse.

Tripis und Fieber.

Großadmiral Fisher, der erste Seeford der englischen Admiralität von Fisher 1914 bis Mai 1915, veröffentlicht jetzt seine Erinnerungen. Die Neue Zürcher Zeitung entnimmt Fishers Memoiren den folgenden interessanten Brief, den er an Tripis nach dessen Austritt schrieb:

„Sieher aber Tripis! Nun sitzen wir beide im gleichen Boot! Wie lange waren wir nicht Kollegen, alter Anabe! Aber mit den Schiffschrauben waren wir Euch über, und ich weiß, daß Sie schworen, mir nie zu verzeihen, als Sie auf den Grund gingen, „Blücher“ und von Speer mit seiner ganzen Schaar!

Kopf hoch, alter Junge! Sagen Sie „Reitweg!“ Sie sind der einzige deutsche Seemann, der sich auf Krieg versteht! Tote denken Sie, ohne selbst getötet zu werden! Ich habe Sie nicht wegen der Unterseebootswehre, weil ich nicht weiß, was Sie für ein Geschick gehabt haben, aber andere Diodoten in England wollten mir nicht glauben!

Wohlan denn!
Der Trübe, bis die Hölle gefriert!
29. März 1916. Fisher.“

Die Presse der deutschen Rechtsparteien verläßt diesen Brief als eine Rechtfertigung für den mit unzulänglichen Mitteln ins Werk gesetzten U-Boottiefen zu verwerten. Wir meinen, man könne aus dem Briefe, vorausgesetzt, daß er überhaupt echt ist, auch noch andere Schlüsse ziehen, die für das Reanimatorischkeitsbewußtsein der Flottenführer gegenüber dem eigenen Volke nicht gerade schmeichelhaft sind.

Der Kampf gegen die türkischen Nationalisten.

Wie der Pariser „Temps“ aus Boulogne berichtet, wurde zwischen Lord George und Mirandand eine Einigung über die türkische Angelegenheit erzielt. Es besteht der Plan einer weiteren gemeinsamen durchführenden britisch-französischen Mission auf Wasser und zu Lande gegen die Streitkräfte Kemal Paschas, um den Friedensvertrag mit der Türkei zu verwirklichen. — Auch die „Times“ werden den bevorstehenden Beginn einer arabischen französisch-englischen Flottenaktion im östlichen Mittelmeer. Sechs englische und vier französische Kriegsschiffe kreuzen gegenwärtig in den östlichen Gewässern.

Fräuleinheimnisse.

Von Martin Feuchtwanger.

(Nachdruck verboten.)

Wenn wir vormittags unserem Braut nachgehen, außerhalb des Hauses, und unsere Damen, die Frauen, Köcher und Dienstmädchen gleich mit den Füßen betreten, am Herz kommen, dann haben auch die Politik, die Nationalökonomie, die Schicksale, die Weltanschauung und die Weisheiten des Alltags, die Weisheiten des täglichen Gebrauchs schwingen das Szepter. Die Hausfrauen tauschen Erfahrungen aus über die Männer, Kinder und Diensthöfen, die Diensthöfen betreiben den Geiz und die Bekanntheit ihrer „Gründigen“ und die jungen Mädchen wissen über Tanz, Theater und Rendezvous.

Daneben aber ist eine überirdische, unheimliche Welt, von der wir Männer kaum etwas wissen.

Was mag ich denn doch Arian? Da hab' ich zwei große Ohfflecken im Hühnerloch. Ich hab's mit Seife verjagt und mit Benzin. Die Dinger wollen nicht heraus.“

„Lassen Sie man gut sein. Minna, wenn die Ohffheit vorbei ist, dann gehen Sie von selbst heraus, mit ein bisschen Seife. Während der Ohffheit ist nichts zu machen.“

„Jawohl, während der Ohffheit gehen Sie nicht heraus“, bekräftigt auch Frau Schulze. Alle beschließen es. Mit dem ernsthaftesten Gesicht. Es ist etwas Selbstverständliches. Keiner nicht diesem Unheimlichen weiter nach.

„Am Gottes willen, Minna, Sie werden doch keine Wäsche aufhängen, daß zwischen Weihnachten und Neujahr. Wissen Sie denn nicht, daß ich dann eine aufhängt im Haus, wenn zwischen Neujahr Wäsche aufgehängt worden ist?“

Alle Minnas, Arianas, Annas, Bettas, Frau Schulzes, Behnmanns, die die Köpfe zu den Fenstern herausdrücken, protestieren erschrocken. Nein, zwischen Weihnachten und Neujahr darf keine Wäsche aufgehängt werden. Auch die junge Frau Meyer legt den neuesten expressivsten Aufklärungszusammenhänge, um gegen das Wäscheaufhängen zu protestieren.

Der „Corriere della Sera“ meldet hierzu noch: Der Kampf um Ismid lost fort. Die Truppenmacht Kemal Paschas beträgt 30 000 Mann. Ihr Feind 30 000 Mann des englischen Schwarzen-Meer Heeres gegenüber, das aber nur zu einem Drittel aus englischen Soldaten besteht. Die englisch-ägyptischen Truppen, die östlich von Konstantinopel kämpfen, ziehen sich Schritt eile auf die Halbinsel aus. Der „Secolo“ und der „Corriere della Sera“ bringen zugleich Telegramme über eine Niederlage des britisch-ägyptischen Heeres, das etwa 50 Kilometer östlich Konstantinopel in eine Abwehrschlacht gegen die Streitkräfte Kemal Paschas verwickelt ist. Beide berichten die Blätter von Meutereien unter den türkischen Regimentsgruppen, wobei sich einzelne Formationen aufgelöst haben sollen.

Deutsches Reich.

Der Kampf gegen Bestechung. Der Verein gegen das Bestechungswesen (Sitz Berlin) hielt kürzlich in Frankfurt a. M. seine 9. Hauptversammlung unter dem Vorsitz des Kommerzienrats Brund (Ludwigsbafen) und unter Teilnahme des Reichs Generalstaatssekretärs Dr. Fredericus ab. Generaldirektor Dr. Voth (Karlsruhe) berichtete über die gegenwärtige Lage und die Reichspräsident, Justizrat Dr. Fuld (Mann) sprach über parlamentarische Korruptionsverhältnisse in verschiedenen Ländern und betonte die Notwendigkeit von Strafbestimmungen gegen Bestechung von Mitgliedern parlamentarischer Versammlungen. Die Notwendigkeit der Bekämpfung solcher Mißstände liege gerade dem Freund des Parlamentarismus am Herzen. Die Hauptvermittlung beschloß einstimmig folgende Erklärung: „Die herrschende Korruption bedroht ernsthaft unser ganzes Wirtschaftsleben. Die wirksamste Waffe dagegen ist eine scharfe Strafjustiz und ihre energische Verwertung durch die Presse. Der Verein muß aber feststellen, daß noch in der letzten Zeit Urteile mit niedrigen Geldstrafen erlassen wurden, welche nicht geeignet sind, die Bestechungen in dem Maße zu hemmen. Der Verein fordert daher mit größtem Nachdruck angemessene scharfe Strafen gegen jede Bestechung, gleichviel, ob sie im Staats- oder Privatbetrieb hervortritt. Der von der bayerischen Regierung neuerdings angeregte weitere Ausbau der Jugendgerichts, soweit sie für Bestechungen in Verbindung mit Mord- und Schießertum zuständig sind, ist sehr zu begrüßen, insbesondere auch die ferner angeregte Ausweitung aller ununteren Eingangsinstanz. Der Kampf gegen die Korruption muß aber ohne Erfolg bleiben, wenn nicht die erleuchtete Staatsautorität sich wiederholt gegen die Verbreitung von Bestechungswesen, wenn a. B. die Warentransporte von Eisenbahnen, Schiffen, Luftverkehr und anderen Verkehrsmitteln, das gleiche gilt, wenn die Zollgänger vom Bestecher und Schieberer ständig durchdrungen werden. Der Verein hält es ferner für notwendig, daß in das neue Strafgesetzbuch eine Bestimmung aufgenommen wird, welche die offene und passive Bestechung von Mitgliedern parlamentarischer Versammlungen mit strengen Strafen bedroht, die auch den Verlust der passiven Wahlfähigkeit zur Folge haben können.“

Der Zentralverband deutscher Bäckerinnen, der 70 000 Bäckermeister umfaßt, trat gestern in den „Germanialäden“ zu Berlin unter starker Beteiligung von Delegierten aus allen Teilen des Reiches zu einem außerordentlichen Verbandstage zusammen, der sich in der Hauptsache in Verbindung mit der wirtschaftlichen Lage des deutschen Bäckerwesens, mit der Frage der Aufhebung bzw. des Abbaus der Zwangsbeschränkung des Getreides, befaßte. Reichstagsabg. Bäckermeister Beders-Breslau forderte schleunige Aufhebung der Zwangsbeschränkung des Getreides und führte u. a. aus, daß das den Bäckermeistern gelieferte Mehl zum großen Teil minderwertig ist, daß das Getreide mit ein Brot hergesteuert werden könne, das der Gesundheit nicht unträglich ist. Dabei sei es sehr wohl möglich, der Bevölkerung besseres Brot zu geben. Im Auslande lagerten große Mengen einwandfreien Mehls. Der Regierung müsse zum Vorkurz gemacht werden, daß sie anstatt dieses Mehl einzuführen, Mischmehl, Schotolade, Biarettten habe einführen lassen. Der Widerstand gegen die Beseitigung des Zwangsbeschränkungs-systems komme von den Kriegseinstellenden und ihren

Wenn eine Wurst oder eine Speckseite in der Räucherammer herunterfällt, dann gibt es am selben Tag noch großen Streit. Wenn zweimal nacheinander die Mäße überloht, dann kommt der Gerichtsbot und bringt ein Strafmandat.

Das sind alles die natürlichen, selbstverständlichen Dinge von der Welt. Warum findet sich kein Gelehrter, der die Zusammenhänge zu ergründen sucht?

Wenn die Kirchen beim Einmachen unheimlich und graubraun werden, dann frist einer, wenn ein Glas zu Boden fällt, ohne zu zerbrechen, dann gibt es noch am selben Tag einen Kuch.

Warum? Wir Männer wissen das alles nicht. Wir haben die Relativitätstheorie und die Formeln von der Lichtgeschwindigkeit, aber den geheimnisvollen Dingen, die im eigenen Haus walten, gehen wir nicht auf den Grund.

Jeder Traum hat seine Bedeutung. Wenn die Uhr stehen bleibt, wenn das Teeloch verspricht, wenn es in der Nacht klopft, ohne daß einer unten steht, das sind alle Vorzeichen. Fragt eure Frau oder fragt sie nicht, sie wird es euch doch nicht sagen, da ihr zu unvernünftig seid ihr solche Dinge. Das ist eine Welt der Phantasie und des Geheimnisses, die den dummen Männern verschlossen ist.

Aber wenn ihr schlief gelautet nach Hause kommt oder wenn ihr eure Frau mit einem Hund und Papagei überfällt, wenn ihr euch den Fuß verstaucht oder Gehirnsausblutung bekommt, dann glaubt nicht, daß eure Frau das nicht zuvor schon gewußt hätte. Die Frauen wissen alles es zuvor. Es ist nur gut, daß sie es nicht immer verraten, sonst würde es noch mehr Streit geben auf der Erde.

Der neue Reichstaa.

(Nachdruck verboten.)

Prüft man die Namen, steht das Haus In mancher Hinsicht kritisch aus Es weisen „George“ drin und „Schretz“, Auch „Schuldt“ und zwei, bekannt als „Gez“, Ein „Wolf“ schließlich wiederum sich ein, Ein „Wurm“ und „Gez“ kam hinein! Doch hat das hohe Haus daneben Zwei „Schürmer“, welche Schutz ihm geben, Auch schließt ein „Damm“ es allerwärts, Auch liegt es „Grub“, auch hat es „Gez“.

Personen, die bei ihren ungetrübten Behältern naturgemäß Interesse haben, ihre Posten möglichst lange zu behalten. Ob die Zwangsbeschränkung könne man sehr wohl aufkommen, denn im Schieferhandel ist einwandsfrei Mehl vorhanden und werde vielfach den Bäckermeistern zu Kaufenden von Getreide angeboten. Ein Antrag an den Zentralverbandsvorsitz für die Umwandlung der achtundfünfzig täglichen Arbeitszeit in eine wöchentliche Arbeitszeit von 48 Stunden fand die Zustimmung der Versammlung, desgleichen ein Antrag auf Aufhebung der Bundesratsverordnung, die die Herstellung von Ruchen verbietet. Ein weiterer Redner lehnte Kommunalisierung für das Bäckergewerbe ab, nicht eine Verbilligung, sondern eine erhebliche Versteigerung würde infolge der mit einer Sozialisierung verbundenen bürokratischen Sanctionierung eintreten, nicht die Großbetriebe, sondern gerade die Kleinbetriebe arbeiten am wirtschaftlichsten, gerade sie gingen mit der Verwendung der kostbaren Rohmaterialien oder Rohstoffe am paratamen um.

Ueber die blühenden Vorgänge in Ulm und Ravensburg erfahren wir noch folgende Einzelheiten: Die Massenvermählungen in Ulm hatten zunächst einen durchaus ruhigen Verlauf genommen, aber bald zeigte es sich, daß die Massen den Führern keine Feige mehr leisten wollten. Man zog vor das Oberamt und das Rathaus. Ammann Rippmann wurde vor die Tür gezwungen und ihm ein Strich um den Hals gelegt. Dann zog die Menge vor das Rathaus, wo sich die blühenden Auftritte abspielten. Oberbürgermeister Dr. Schwanmberger wurde von den in das Rathaus eingedrungenen Demonstranten durch Schläge auf den Kopf so schwer mißhandelt, daß er einige Zeit bewußtlos war. Die Wählungen eines Führers der Unabhängigen zur Ruhe waren nutzlos. Am den Rathausplatz zu führen, wurde verweigert und später auch Einwohnerwehr herangezogen, die mit Artillerie und Maschinengewehren vorging. Hierbei gab es fünf Tote auf Seiten der Demonstranten und acht Schwerverwundete der Polizeiwahl, sowie mindestens 50 Verwundete bei den Demonstranten. Bei den Unruhen in Ravensburg gab es zwei Tote und 20 Verwundete. Wie wir weiter erfahren, sollen die Arbeiter auf dem Motorbau in Friedrichshafen die Arbeit niedergelegt haben und sich auf dem Amarsch nach Ravensburg befinden. In Ulm soll angedacht als Demonstration gegen das Eingreifen des Militärs von heute vormittag 11 Uhr an der Generalstreik ausgerufen werden.

Ausland.

Die Entente-Note über Schleswig.

Am 15. Juni hat der Präsident der Friedenskonferenz in Paris dem Vorsitzenden der deutschen Delegation, Ministerdirektor Gismert, eine Note überreicht, welche die nach Art. 110 des Friedensvertrages von Versailles vorgesehene Bestimmung der deutsch-dänischen Grenze enthält: Danach gehört die Insel Selt zu Dänemark, die Insel Röm zu Dänemark a. Die Note schließt mit den Worten: Die vorliegende Reklamation beurkundet zugunsten der alliierten und assoziierten Mächte gemäß Art. 110 Abs. 3 des Vertrages von Versailles die Uebertagung der Souveränität über die Gebiete, Inseln und Inselchen von Schleswig, welche nördlich der oben bezeichneten Grenzlinie liegen. Mit dem heutigen Tage übertragen die Mächte die genannten Gebiete, Inseln und Inselchen Dänemark. pp.

Blutige Zusammenstöße in Italien.

Rom, 24. Juni. Nach der „Frankf. Ztg.“ wurde in Mailand am Dienstag eine Solidaritäts-Rundgebung für die kreisenden Eisenbahner veranstaltet. Näher wollten die Teilnehmer geschlossen ins Stadtzentrum ziehen, was die Polizei gewaltsam verhinderte. Es gab einen heftigen Zusammenstoß, wobei drei Personen getötet und 50 verwundet wurden. Nichts kostete Patrouillen mit Panzern die Ordnung auf den Straßen wieder her. Für den Tag der Verbeugung der Götter wurde der Generalstreik erklärt.

Auch hat es „Reiße“, hat es „Hieße“ Und viele „Männer“ von der Spitze: Den „Stiefel“ und den „Schiedemann“, „Baus“, „Hauß“, „Hart“, „Heli“ und „Mittelmann“, „Bach“, „Bau“, „Raf“, „Kot“, und „Dannemann“, „Bell“, „Keld“, und „Bed“ und „Penneemann“, „Woh“, „Wulch“, „Ditt“, „Dib“, und „Hamelmann“, „Doh“, „Hoff“, „Säu“, „Schub“ und „Wefermann!“ O möchten diese Männer alle Flug wirteln in des Reiches Halle! Ein „Kaiser“ (stiller Couleur) Somit ein „König“ nebenher. Ich auch ins neue Haus gemüßt, Das fern zu den Geinen jählt: „Woh“, „Wogher“, „Gerold“, „Schreiber“, „Richter“ (Zeils alte und teils neue Lichter). „Wirt“, „Bauer“, „Müller“, „Beder“, „Roh“ Und „Hiescher“, „Häher“, „Schiffer“ noch. Der „Luther“ und der „Wieland“ kamen Auch hehrlich durch das Wolzgeram. Fast alle Farben sind zu geh'n: „Schwarz“, „Weiß“ und „Geh“ und meistlich „Braun“ Ein holder „Baum“ im Reichstag blüht, Auch „Wulch“ und „Blum“ man darin fest; Auf neu raucht man unterm Dach Im Reichstags-Heim der — „Fehrenbach“. Nicht Bräuer heißt und nicht Ledere; Es gibt „Römer“, „Kürbis“, „Wolf“ und „Bres“, Ein „Selbst“ „Roh“ recht zur Verfügung Für feuchte Labung und Vermögung Als „Kaiser“ rümt selbst eine; Ich, Ein anderer als — „Hesslerich“. Stolz sitzen in dem großen Saal Der „Ulrich“, „Hilff“, „Sapp“, „Franz“, Und „Crispien“ auch, der tabliste, Und „Riese“, „Agnes“ und „Bernate“. Und Noses wird im Reichstag waltet: Nicht anders blickigen Gestalten Wie „David“, „Simon“ u. m. Der Linten angehörte Greter, Nicht Dulze liegt auf Straß, Und wird ihr Kreißeln zum Ge-Well“, Sorgt höfentlich alsbald die „Dulze“, Doch ist es möglich und hübsch! W. W. W. W.

